

ÖSTERREICHISCHE ÄRZTEKAMMER

Körperschaft öffentlichen Rechts
Mitglied der World Medical Association

An das
Bundeskanzleramt
Ballhausplatz 2
1014 Wien

WIEN, I.,
Weihburggasse 10 - 12
Postfach 213
1011 WIEN

Unser Zeichen: Mag.Ho./ep Ihr Schreiben vom: 25.1.1999 Ihr Zeichen: GZ 180.310/10-I/8/99 Wien, am 1. 3. 1999

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes über die Bundesstatistik – Bundesstatistikgesetz 2000, Begutachtungsverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Österreichische Ärztekammer bedankt sich für die Möglichkeit der Stellungnahme zu o.g. Entwurf und führt dazu aus wie folgt:

Die Ärztekammer lehnt folgende vorgeschlagene Regelungen ab:

1. Die Einbeziehung der Ärzte in die "Betroffenen" nach § 6 Abs 1 Z 5

Nach § 9 gibt es eine Mitwirkungspflicht der Betroffenen mit der Erlaubnis der Einsichtnahme in die Aufzeichnungen der Ärzte. Bei diesen Aufzeichnungen könnte es sich um Patientendaten handeln, was aus Gründen der Verschwiegenheitspflicht nach dem Ärztegesetz strikt abzulehnen ist.

2. Zu § 10 Mitwirkungspflicht der registerführenden Stellen:

Die dazu vorgesehene verpflichtende Übermittlung aller Daten des "öffentlichen Registers" Ärzteliste ist aus Sicht der Österreichischen Ärztekammer nicht möglich, da es sich insgesamt immer um personenbezogene Daten handelt. Eine Einschränkung dieser Übermittlungspflicht auf die öffentlich zugängigen Daten ist nach den Regelungen des Ärztegesetzes möglich. Der ebenfalls vorgeschriebene Online-Zugriff auf diese öffentlichen Daten ist aus Sicht der Österreichischen Ärztekammer aber nicht möglich, da es sich zur Gänze um personenbezogene Daten handelt.

Mit freundlichen Grüßen

Präs. Dr. Reiner Brettenthaler
geschäftsf. Vizepräsident

Prim. Dr. Michael Neumann e.h.
Präsident

TELEFON: 514 06-0, Fax: 514 06-42, Telex: 112701, DVR: 0057746
KONTO: 5000005, BLZ 18130, BANK FÜR WIRTSCHAFT UND FREIE BERUFE, 1070 WIEN, ZIEGLERGASSE 5

Dieses Dokument wurde mittels e-Mail vom Verfasser zu Verfügung gestellt. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhaltes wird von der Parlamentsdirektion keine Haftung übernommen.